



► **Nr. VO/2014/01987**
öffentlich

Lübeck, 25.09.2014

Bearbeitung: Maik Schneider (E-Mail: maik.schneider@luebeck.de Telefon: 122-3912)

**Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
zum Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - "Erhalt der
Umweltpolizei" (Sitzung der Bürgerschaft am 27. März 2014,
VO/2014/01453)**

An die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck
Bürgerschaftssitzung am 27.11.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat in seiner 9. Sitzung am 17.06.2014 in der Wahlperiode 2013 – 2018 bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **1** - Stimmenthaltung einstimmig beschlossen, Ihnen zum Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - "Erhalt der Umweltpolizei" - die folgende Empfehlung auszusprechen:

*„Der Ausschuss empfiehlt bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **1** - Stimmenthaltung einstimmig, den Antrag abzulehnen.“*

gez. Silke Mählenhoff
(Ausschussvorsitzende)

gefertigt

Maik Schneider
(Geschäftsführung Ausschuss)

Anlage:

Auszug_Nie_Nr. 9 USO 2014.06.17

Auszug

Hansestadt LÜBECK 



NIEDERSCHRIFT

9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin: Dienstag, 17.06.2014
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2-6,
23560 Lübeck

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Umweltpolizei

Herr Hüttmann berichtet ausführlich zur Thematik Umweltpolizei. Demnach würden in Lübeck grundsätzlich alle Dienststellen der Polizei Anzeigen / polizeilich relevante Mitteilungen zu Umweltdelikten entgegennehmen. Zusätzlich sei derzeit beim Polizei-Bezirksrevier Lübeck (PBR Lübeck) ein so genannter Umweltschutztrupp eingerichtet, der dieses Aufgabenfeld als Schwerpunkt in der Aufgabenwahrnehmung zugeschrieben bekommen habe. Im Großen und Ganzen sei bei Umweltstraftaten ein deutlicher Fallrückgang zu verzeichnen (von ca. 3.800 Fällen in den 90er Jahren auf ca. 1.190 Fälle in 2013). Ebenfalls würden Umweltstraftaten eher durch Bürger angezeigt als bei der Streifen­tätigkeit festgestellt. Die Hauptarbeit der polizeilichen Tätigkeit sei somit eher im ermittlungstechnischen Bereich zu sehen.

Laut der AG Kriminalitätsbekämpfung seien aufgrund dieser Entwicklung kaum Streifenbeamte für diese Aufgabe notwendig. Nach jetzigem Planungsstand solle es in Schleswig-Holstein statt derzeit 15 Umweltschutztrupps zukünftig 7 Umweltschutztrupps geben.

Momentan werde in Scharbeutz ein Neubau erstellt. Dieser Neubau solle das Polizei-Bezirksrevier Lübeck, das Polizei-Bezirksrevier Eutin und das Polizei-Autobahnrevier Scharbeutz aufnehmen. Gleichzeitig erfolge eine Fusion der drei Dienststellen zu einem Polizei-Autobahn-Bezirksrevier Scharbeutz unter einheitlicher Dienststellenleitung. Diese Dienststelle werde im zugeschriebenen Aufgabenfeld für den gesamten Bereich der PD Lübeck und Kreis Ostholstein zuständig sein. Der Umweltschutztrupp werde somit zukünftig in Scharbeutz räumlich untergebracht sein, Lübeck verfüge dann nicht mehr über eine solche Fachdienststelle vor Ort. Nichtsdestotrotz sei man für Lübeck und den Kreis Ostholstein gut aufgestellt. Darüber hinaus würden besondere Fortbildungen zum Thema Umwelt für einige Beamte eingeplant. Abschließend merkt er an, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion Die Partei – Piraten dieser Entwicklung widersprechen würde.

Es sprechen Frau Menorca (Ansprechpartner der geschulten Streifenbeamten bei Fragen), Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann (Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern) und Frau Bussat (Information des Ausschusses über den aktuellen Sachstand Umweltpolizei). Hierzu merkt Herr Hüttmann an, dass die Kollegen in Scharbeutz die Ansprechpartner der Streifenbeamten seien. Es werde aber die Hoffnung gehegt, dass die geschulten Beamten ohne größere Hilfestellungen auskommen und Maßnahmen einleiten könnten. Länderübergreifende Problematiken würden auch länderübergreifend geregelt und Kontakte seien vorhanden. Der Ausschuss werde über den Sachstand in Sachen Umweltpolizei informiert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Erhalt der Umweltpolizei Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft 27. März 2014 (VO/2014/01453) Vorlage: VO/2014/01546 (vorgezogen)

Sitzung der Bürgerschaft am 27. März 2014

Die Bürgerschaft hat mit VO/2014/01453 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten mit Mehrheit an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Erhalt der Umweltpolizei

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich für den Erhalt des Polizei-Umweltdienstes im bisherigen Umfang am Standort Lübeck bei der Landesregierung einzusetzen. Der Bürgerschaft ist zu berichten.

Frau Mählenhoff lässt über die Überweisung abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **1** - Stimmenthaltung einstimmig, den Antrag abzulehnen.